



Antrag zur Beschlussfassung an den
Unterbezirksparteitag Leverkusen

Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen bei der Stadt Leverkusen und allen städtischen Beteiligungsgesellschaften

Antrag

Die SPD Afa Leverkusen fordert die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen auf darauf hinzuwirken, die sachgrundlosen Befristungen nach § 14 Abs. 2a und Abs. 3 TzBfG bei der Stadt Leverkusen und allen städtischen Beteiligungsgesellschaften zukünftig abzuschaffen und die derzeitigen sachgrundlosen Befristungen in unbefristete Arbeitsverträge umzuwandeln.

Begründung

Die SPD Afa Leverkusen bezieht sich mit diesem Antrag auf seinen Antrag vom 25.04.2016 an den Unterbezirksparteitag sowie an den Landesparteitag und Bundesparteitag der SPD, die sachgrundlose Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz TzBfG (§ 14 Abs. 2a und Abs. 3 TzBfG) aufzuheben. Junge Menschen sind überproportional von Befristung betroffen. Befristungen haben gravierende Nachteile für die Beschäftigten: kein Kündigungsschutz, drohende Arbeitslosigkeit wegen Auslaufen der Befristung, kein Schutz für Betriebsrats- und Personalratsmitglieder. Hinzu kommt, eine Befristung stellt eine erhebliche Belastung der Beschäftigten dar und ist die Hauptursache für eine pessimistische Zukunftserwartung. Eine Befristung erschwert die Zukunftsplanung für die Beschäftigten und verstärkt damit den demographischen Wandel.

Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung wurde in den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD diskutiert und hat am 07.02.2018 im Koalitionsvertrag Einzug gefunden.

Vor diesen Hintergründen sollten Befristungen grundsätzlich nur dort zugelassen werden, wo es unbedingt notwendig ist. Das ist typischerweise der Fall, wenn ein berechtigter Sachgrund, wie z.B. bei Krankheit, Elternzeit oder Projektarbeit, gegeben ist.

—

Wir bitten um Weiterleitung des Antrages an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen